

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die viergespaltene Textzeile oder deren Raum 60 Pfg.
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Willst du den Frieden, so rüste den Krieg!

In mehr als 50 Städten sind die Verträge gekündigt, wir stehen am Beginn einer Lohnbewegung, welche nahezu 40 000 Kollegen umfaßt. Es ist das die umfangreichste Bewegung, die jemals in der Holzindustrie geführt wurde. In der Absicht unserer Kollegen lag es nicht, der diesjährigen Bewegung einen solchen Umfang zu geben. Wir haben nur einen Teil der ablaufenden Verträge gekündigt, und zwar nur in den Städten, in welchen wir eine baldige Verbesserung der Arbeitsbedingungen für unerlässlich halten. Unser Vertragskontrahent, der Arbeitgeberverband für das deutsche Holzgewerbe, hat es aber anders beschloffen. Ihm schwebt als Ziel der Reichstaxtarif vor, oder richtiger der Ablauf sämtlicher Verträge am gleichen Tage. Wir haben zurzeit drei größere Gruppen von Tarifverträgen, nämlich solche, die jeweils Mitte Februar 1910, 1911 und 1912 ablaufen, daneben existieren noch eine Reihe von Verträgen mit einem anderen Ablaufstermin. Wenn diesmal nicht alle Verträge gekündigt worden wären, dann würde die Gruppe der Mitte Februar 1911 ablaufenden Verträge eine entsprechende Verstärkung erfahren haben. Man könnte die Frage aufwerfen, ob das nicht im höheren Maße der vom Arbeitgeberverband verfolgten Tendenz entgegen haben würde; es ist aber zwecklos, darüber nachzugrübeln. Die Verträge sind sämtlich gekündigt und wir müssen uns mit der gegebenen Situation abfinden.

In der Vorbesprechung, welche die Verbandsvorstände am 26. und 27. Oktober hatten, wurde allseitig die Friedensliebe beteuert. Wir brauchen unsere Kollegen nicht besonders zu versichern, daß, soweit unser Verband in Betracht kommt, der ernste Wille zu einer friedlichen Verständigung vorhanden ist. Es entspricht das durchaus dem Standpunkt, den unsere Organisation von jeher eingenommen hat. Der Zweck unseres Verbandes ist es nicht, Kämpfe zu führen. Der Streit ist nur ein Mittel, und zwar das alleräußerste Mittel, um die als notwendig erachtete Verbesserung der Arbeitsbedingungen zur Durchführung zu bringen. Gelingt es, dieses Ziel auf andere Weise zu erreichen, dann entfällt für uns die Notwendigkeit, von dem letzten Mittel Gebrauch zu machen.

Auf der anderen Seite haben wir auch keine Veranlassung, Zweifel in die Aufrichtigkeit der Erklärungen zu setzen, welche vom Vorstand des Arbeitgeberverbandes abgegeben wurden. Wir wissen, daß dort die Verhältnisse durchaus nicht so glänzend sind, wie man es nach außen erscheinen lassen möchte, und der Wunsch, den Konflikt auf friedlichem Wege aus der Welt zu räumen, ist von jener Seite durchaus begreiflich. Es wäre aber nichts förchtlicher, als wenn wir uns durch solche Erwägungen verleiten ließen, den Ernst der Situation zu verkennen. Wenn wir auch zugeben, daß man im Vorstand des Schutzverbandes friedlich gesinnt ist, so haben wir doch keine Gewähr dafür, daß die gleiche Stimmung auch in den Mitgliederkreisen der Arbeitgeber vorherrscht. Es deuten im Gegenteil manche Anzeichen auf vorhandene Kampfeslust hin, welche zu zügeln die Macht des Schutzverbandes kaum ausreichen dürfte. Wir erinnern nur an Höcht. Die Vorstände haben sich dahin geeinigt, daß es dort vorläufig nicht zum Kampfe kommen soll; Höcht sollte in die Verhandlungen über die neuen Verträge einbezogen werden. Die Unternehmer in Höcht haben sich aber an die Abmachungen nicht gehalten und unsere Kollegen jetzt ausgesperrt. Das ist ein böses Dorn für unsere Tarifverhandlungen.

Aber auch abgesehen davon, ist Konfliktstoff in genügender Menge vorhanden. Unsere Kollegen in den in Betracht kommenden Städten sind jetzt dabei, ihre Forderungen zu formulieren. Es ist ganz selbstverständlich, daß sie hierbei die Konjunkturverhältnisse in Betracht ziehen und ihre Wünsche in bescheidenen Grenzen halten. Natürlich werden aber auch in den Orten Forderungen erhoben werden, wo unsererseits eine Vertragskündigung nicht erfolgt ist. Die Kollegen an diesen Orten waren bereit, unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein Jahr weiter zu arbeiten; wenn sie sich aber jetzt auf drei Jahre binden sollen, dann können sie das nur, wenn ihnen entsprechende Verbesserungen zugestanden werden. So bescheiden die Forderungen auch sein werden, so läßt sich doch unschwer voraussetzen, daß sie ohne weiteres die Zustimmung der Unternehmer nicht finden dürften. Un-

ternehmern möchten ja unsere Arbeitgeber die Arbeitsbedingungen noch verschlechtern. Sie wollen sich bei Beginn der besseren Geschäftskonjunktur von den schlimmen Wirkungen der Krise erholen, und werden sich gegen die Einsicht wehren, daß das gleiche Streben auch bei den Arbeitern vorhanden und hier in noch viel höherem Maße berechtigt ist.

Wären die Vorverhandlungen auf einen recht friedlichen Ton gestimmt, so ist es sehr zweifelhaft, ob diese Stimmung anhalten wird, wenn es an die Beratung des materiellen Inhalts der Verträge gehen wird. Im Interesse des Gewerbes wäre eine friedliche Verständigung dringend zu wünschen. Eine Garantie dafür, daß der Frieden erhalten wird, kann jedoch niemand übernehmen. Deshalb ist es durchaus erforderlich, daß wir uns überall so einrichten, als ob wir im kommenden Frühjahr einen Kampf von ungeheuren Dimensionen zu führen haben. Wird der Kampf vermieden, dann schaden die Kriegsvorbereitungen nichts. Wollten wir uns jedoch von den Friedensschmeichelein einfallen lassen, so daß die eventuelle Notwendigkeit, einen Kampf zu führen, uns überraschend käme, dann würde ein solcher Kampf zu einer Gefahr für unseren Verband werden. Wir müssen uns also bei aller unserer Friedensliebe zum Kampf rüsten, und je besser unsere Rüstung ist, desto größer ist die Aussicht auf die Erhaltung des Friedens.

Die dringendste Aufgabe, die uns jetzt obliegt, ist die Verstärkung unseres Heeres. Wir müssen neue Rekruten für den Verband werben. In den letzten Monaten ist eine erfreuliche Aufwärtsbewegung der Mitgliederziffer zu konstatieren, aber die Zunahme kann uns noch nicht befriedigen. Die Zahl der Indifferenten ist noch viel zu groß. Jetzt ist die günstigste Zeit für eine erfolgreiche Agitation, sie darf nicht verpaßt werden. Man verlasse sich nicht nur auf große Agitationsversammlungen, die Agitation von Mund zu Mund muß jetzt reiche Früchte bringen. Der Hinweis auf die ungewisse Zukunft, auf den ungeheuren Kampf, den wir möglicherweise zu führen gezwungen sein werden, auf die großen Opfer, die er erfordert, die auch den Unorganisierten nicht erspart bleiben, muß auch die Gleichgültigsten aufrütteln. Diese Dinge sind jedem Verbandsmitgliede geläufig, jeder kann sie in feiner Weise den Unorganisierten vortragen, und eine derartige allgemeine Agitation muß Wunder wirken.

Die Frage, welche Maßnahmen angesichts der erfolgten Vertragskündigung zu ergreifen sind, hat sich auch eine vom Verbandsvorstand auf den 16. November einberufene Konferenz beschäftigt, an der Vertreter aus allen Städten teilnahmen, in welchen der Vertrag gekündigt ist. Daß die gegenwärtige Zeit zu einer umfassenden Agitation ausgenutzt werden muß, darüber waren sich selbstverständlich alle Delegierten einig. Man erinnerte sich aber auch des alten Ausspruches des Generals Montecuculi: Zum Krieg führen gehören drei Dinge, nämlich: Geld, zweitens: Geld und drittens: noch mehr Geld! Dieser Satz gilt heute noch, und für den wirtschaftlichen Krieg nicht minder als für den Krieg, der mit Kanonen und Flinten ausgefochten wird.

Daß der Stand der Verbandsklasse ein besonders ungünstiger sei, kann trotz der hohen Anforderungen, welche infolge der großen Arbeitslosigkeit an sie gestellt wurden, nicht behauptet werden. Aber eine Stärkung unserer finanziellen Kampfmittel ist trotzdem absolut erforderlich. Es wurden deshalb Maßnahmen zur Auffüllung der Verbandskasse auf der erwähnten Konferenz erörtert und das Resultat der Aussprache war die Annahme der folgenden Resolution:

„Die anwesenden Vertreter der Vertragsorte sprechen ihre einmütige Ueberzeugung dahin aus, daß die vom Arbeitgeberverband durch Kündigung sämtlicher Verträge hervorgerufene umfangreiche Vertragsbewegung so durchgeführt werden muß, wie es dem Interesse der Mitglieder wie auch dem des Gesamtverbandes entspricht. Als das nächste Mittel hierzu muß eine sofortige finanzielle Kräftigung des Verbandes ins Auge gefaßt werden. Die heutige Konferenz ersucht daher den Vorstand, in Gemeinschaft mit den Gewerbestellern unverzüglich eine energische Agitation im gesamten Verbandsgebiet zur Aufklärung über die gegenwärtige Situation einzuleiten und hierbei den Mitgliedern die Notwendigkeit der Abführung

von Extrabeiträgen an die Hauptkasse zu begründen.

Gleichzeitig soll den Mitgliedern empfohlen werden, die Erhöhung des Verbandsbeitrages um 10 Pf. pro Woche durch Abstimmung zu beschließen. Diese 10 Pf. sollen der Hauptkasse unbeschränkt zufließen.“

Der Verbandsvorstand hat die ihm gegebene Anregung sehr eingehend beraten, er ist aber nach einer gründlichen Prüfung zu dem Resultat gekommen, von einer Abstimmung über die Erhöhung des Verbandsbeitrages Abstand zu nehmen; zugleich wurde beschloffen, vorläufig auch von dem Ausschreiben eines Extrabeitrages abzusehen. Für den Beschluß des Vorstandes kam hauptsächlich in Betracht, daß das materielle Ergebnis solcher Finanzoperationen bei der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit für einen im Frühjahr zu führenden Kampf nicht sehr ins Gewicht fallen würde. Andererseits würde die Verpflichtung zur Zahlung von höheren Beiträgen viele Kollegen gerade gegenwärtig sehr schwer treffen. Bei Leistungen, die vom Gesamtverbande beschloffen werden, sei es nun eine Erhöhung des laufenden Beitrages, sei es die Erhebung eines Extrabeitrages, könnten Ausnahmen zugunsten einzelner Mitglieder oder Zahlstellen nicht gemacht werden; die gegenwärtigen Verhältnisse würden jedoch eine unterschiedliche Behandlung der Kollegen erforderlich machen.

Wird nun auch eine bestimmte Verpflichtung hinsichtlich der Mehrleistung von Beiträgen, die alle Verbandsmitglieder trifft, durch den Verbandsvorstand nicht ausgesprochen, so ist damit keineswegs gesagt, daß in der Beitragsfrage nichts geschehen soll. In den einzelnen Städten, die vor der Lohnbewegung stehen, wird man sehr ernsthaft zur Beitragsfrage Stellung nehmen müssen; die Stimmung auf der Städtekonferenz läßt erkennen, daß man in vielen Orten auch vor einer erheblichen Erhöhung des Lokalbeitrages nicht zurückschrecken wird. Aber auch in den anderen Zahlstellen, die bei den bevorstehenden Vertragsverhandlungen nicht in Betracht kommen, dürfte vielfach die Stimmung der Erhebung einer Kampfsteuer recht günstig sein. Wir können die Entscheidung in dieser Frage getroßt den Kollegen in den einzelnen Orten überlassen. Der Opfermut unserer Verbandsmitglieder, der sich im Jahre 1907 so glänzend bewährt hat, wird auch diesmal nicht versagen. Wir zweifeln nicht, daß das Vertrauen, welches wir nach dieser Richtung in die Kollegen setzen, gerechtfertigt wird.

Die kommenden Wochen werden wichtige Entscheidungen bringen; für den Verband und seine Mitglieder steht Großes auf dem Spiel. Die Zeit, die uns für die Kriegsvorbereitungen, bleibt, ist knapp; es muß deshalb unerbüßlich gehandelt werden. Stärken wir also unser Heer, stärken wir unsere Kassen. Je schärfer wir unsere Kriegsrüstungen betreiben, desto größer ist die Aussicht, daß wir ohne Kampf gute Erfolge erzielen.

Die Arbeitersekretariate über die Krankenversicherung.

Nach den Behauptungen unserer Gegner sollen in den von den Arbeitern verwalteten Krankenkassen ganz besonders schlimme Mißstände herrschen. Auch die Geheimräte im Reichsamt des Innern sind bekanntlich von dieser Annahme bei der Ausarbeitung ihres Entwurfs für die Reichsversicherungsordnung ausgegangen und haben deshalb die Entrechtung der Arbeiter in bezug auf die Verwaltung der Ortskrankenkassen vorgeschlagen. Demgegenüber müssen wir auch in diesem Jahre ausdrücklich feststellen: die neuesten Jahresberichte der Arbeitersekretariate bestätigen von neuem, daß die Krankenversicherung von allen Arbeiterversicherungen noch am besten den Bedürfnissen der Arbeiter entspricht und zweifellos zu viel weniger Klagen Anlaß gibt als die Unfall- und Invalidenversicherung.

Selbstverständlich sind aber auch noch mancherlei Verbesserungen der Krankenversicherung notwendig. Vor allem muß das Verhältnis der Arbeiter zu ihren Krankenkassen beim Austritt aus einer Arbeitsstelle und zeitweiliger Arbeitslosigkeit besser geregelt werden. So lesen wir in dem Bericht des Arbeitersekretariats in Hamburg: Eine große Zahl der in den Ortskrankenkassen Versicherten verfaßt es noch immer, die erforderliche Erklärung, die Mit-

gliederschaft in der Ortskrankenkasse nach Auflösung des Arbeitsverhältnisses fortsetzen zu wollen, in der vorgezeichneten Frist von einer Woche nach dem Austritt aus der Beschäftigung abzugeben. Es besteht der Leider weitverbreitete Irrtum, daß in Fällen, in denen das Arbeitsverhältnis in den ersten Tagen oder Mitte der Woche aufgelöst und der Krankenbeitrag für die laufende Woche vom Arbeitgeber einbehalten worden ist, die wöchentliche Frist erst vom Ende (Sonntag) der Woche zu laufen beginnt. Dem ist nicht so: es gilt nach wie vor ohne Rücksicht auf geleistete Zahlungen und vom Arbeitgeber erstattete Meldungen, der Zeitpunkt, in dem tatsächlich der Arbeitsvertrag gelöst ist, als Beginn der zu beachtenden Frist von einer Woche. Nur bei Erkrankungen, die während des nicht gelösten Arbeitsverhältnisses eintreten und zur Entlassung des Versicherten führen, beginnt die Frist mit der Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit des Erkrankten oder mit dem Ablauf der Unterstützungspflicht der Krankenkasse. Die Fortsetzung der Mitgliedschaft bei den Ortskrankenkassen ist nicht nur zu empfehlen, sie ist geradezu notwendig, um sich davor zu schützen, bei jedem Wechsel des Arbeitsverhältnisses eine neue Karenzzeit durchmachen zu müssen. Die Erklärung, die Mitgliedschaft bei der Ortskrankenkasse fortsetzen zu wollen, kann innerhalb der Frist auch noch eingetretener Erkrankung abgegeben werden. — Dem fügen wir hinzu, daß die Arbeiter nach Austritt aus einer Arbeitsstelle auch deshalb unter allen Umständen freiwilliges Mitglied bei der Ortskrankenkasse bleiben sollen, weil sie sich nur dadurch bei längerer Arbeitslosigkeit die nötige Hilfe im Falle der Erkrankung sichern. Hieraus ergibt sich für uns die Forderung, daß die Mitgliedschaft des Arbeiters, der arbeitslos geworden ist, auch ohne eine besondere Erklärung des Arbeitslosen weiter bestehen soll.

Als einer der schlimmsten Mißstände der Krankenversicherung erweist sich noch immer das Vorrecht der größeren Betriebe, besondere Betriebskrankenkassen einzurichten. Damit ist den arbeiterfreundlichen Arbeitgebern die Möglichkeit gegeben, von „ihrer“ Klasse solche Arbeiter fernzuhalten, die voraussichtlich öfter die Leistungen der Klasse in Anspruch nehmen müssen. Auf diese Weise entlasten sie ihre eigene Klasse und belasten die Ortskrankenkassen, die auch diese Arbeiter, wenn sie andere Arbeit gefunden haben, aufnehmen müssen. Namentlich dann, wenn viele Arbeiter arbeitslos sind, lassen manche Betriebsleiter die Arbeiter, bevor sie zur Arbeit angenommen werden, vom Vertrauensarzt der Fabrik untersuchen und stellen nur die ein, die sich durch eine besonders kräftige Natur auszeichnen.

Dieses Verfahren ist durch die Ausrede entschuldigt worden: Die Betriebsleiter wollten nur die Arbeiter vor solcher Arbeit bewahren, die für sie zu schwer sei und deshalb ihrer Gesundheit gefährlich werden könnte. Daß aber die Betriebsleiter durchaus nicht immer einen derartigen arbeiterfreundlichen Zweck im Auge haben, zeigt der folgende Fall, über den das Arbeitersekretariat in Krefeld berichtet: Vor dem Betriebsleiter einer Fabrik mit einer besonderen Betriebskrankenkasse wurde einem Wächter, der eingestellt werden sollte, aufgegeben, zunächst „eine Bescheinigung der Krefelder Behörde beizubringen, daß dieselbe im Falle einer Krankheit die Unterstützung leisten werde“. Also nicht die Furcht davor, daß der Arbeiter die ihm zugewandte Arbeit nicht leisten könne, sondern die Furcht, „seiner“ Betriebskrankenkasse würde durch den Arbeiter zu stark belastet werden, ist in diesem Falle wie in vielen anderen Fällen maßgebend gewesen.

Auch der § 28 des Krankenversicherungsgesetzes gibt den Betriebsleitern die Möglichkeit, die Betriebskrankenkassen zum Schaden des erkrankten Arbeiters zu „entlasten“. Der Paragraph schreibt vor: Personen, die infolge eintretender Erwerbslosigkeit aus der Klasse ausscheiden, verbleibt der Anspruch auf die gesetzlichen Mindestleistungen der Klasse in Unterstützungsfällen, die während der Erwerbslosigkeit und innerhalb eines Zeitraums von drei Wochen nach dem Ausscheiden aus der Klasse eintreten. Die Schädigung der Arbeiter wird, wie das Arbeitersekretariat in Magdeburg berichtet, dadurch bewirkt, daß der Arbeiter, der sich krank gemeldet hat, zunächst aus seiner Arbeit von dem Betriebsleiter entlassen wird und erst dann von der Betriebskrankenkasse den Krankenschein erhält. Unter dem Vorwand, daß der Arbeiter erst nach seiner Entlassung aus dem Betriebe, also während der Erwerbslosigkeit, krank geworden sei, wird ihm dann nur die Mindestleistung der Klasse gewährt. Auch die Entlassung krank erscheinender Arbeiter aus den Betrieben, bevor die Arbeiter sich krank gemeldet haben, sei an der Tagesordnung. So hatte ein Arbeiter einen Betriebsunfall erlitten. Nach einigen Wochen rief der Arzt zu einem Arbeitsversuch. Schon am zweiten Tage merkte der Meister, daß die Leistungsfähigkeit des Arbeiters gleich Null war, und siehe da, kurzerhand wurde der Mann entlassen. Als er sich dann wieder krank meldete, wollte die Klasse ihm nur die Mindestleistungen gewähren. Sie kam aber an den Unrechten. Der Arbeiter erzwang sich mit Hilfe des Arbeitersekretariats die vollen Leistungen der Klasse, die ihm nach dem Sinne des Krankenversicherungsgesetzes zweifellos zustanden.

Auch manche Ärzte der Betriebskrankenkassen geben zu Beschwerden Veranlassung. Das Arbeitersekretariat in Hannover teilt einen Fall „von sehr vielen Fällen“ mit: In der dortigen Continental-Gaoutschouc- und Guttapercha-Compagnie arbeitete eine Frau, die von ihrem Manne verlassen worden war. Sie hatte auch noch für zwei Kinder im Alter von zwei und vier Jahren zu sorgen. Sie ver-

diente wöchentlich zirka 9 Mk., die natürlich nicht zum Unterhalt der drei Personen ausreichten. Aus der Armenkassa erhielt die Frau monatlich 5 Mk., so daß für Wohnung, Ernährung, Bekleidung usw. den drei Personen wöchentlich zirka 10 Mk. zur Verfügung standen. Daß alle drei, Mutter und Kinder, darben mußten, ist erklärlich. Die Frau wurde immer schwächer. Gegen Ende September 1908 ging es nicht mehr. Die Frau mußte sich an den Arzt wenden. Der Herr hielt es nicht einmal für notwendig, die Frau auch nur zu untersuchen. Er begnügte sich damit, die Frau mit der Bertröstung fortzuschicken, es sei nicht schlimm mit ihr. Auf dem Heimwege brach die Frau zusammen, schleppte sich mühsam nach Hause und schloß sich mit ihren beiden Kindern ein. Als sie sich nach einigen Tagen nicht sehen ließ, fiel das den Nachbarn auf. Man öffnete die Tür und fand die Kernte mit ihren Kindern mehr tot als lebend vor. Der Kassenarzt wurde geholt. Er kam und herrschte die Frau an: „Man heraus aus dem Mist, ziehen Sie sich mal an, Sie sind überhaupt nicht krank!“ Da die Frau sich aber nicht mehr auf den Beinen halten konnte, ließ der Arzt sie ins Krankenhaus schaffen. Hier starb die Frau bald darauf.

Solche Erfahrungen mahnen die Arbeiter, mit allen Kräften danach zu streben, daß sie sich das volle Selbstverwaltungsrecht, wie in allen Zweigen der Arbeiterversicherung, so ganz besonders in der Krankenversicherung erzwingen. Denn nur dann können sie mit diesen und allen anderen Mißständen aufträmen, wenn sie selbst den maßgebenden Einfluß auf die Verwaltung der Krankenkassen ausüben.

Im Hinblick auf unsere Tarifbewegung muß die Agitation für unsern Verband mit verdoppeltem Eifer betrieben werden!

Der Wahlfonds der Scharfmacher.

Der Grundzug der deutschen Industriellen ist die grenzenlose Herrschsucht. Dem Begriff des „Herrn im Hause“ suchen sie die weiteste Auslegung zu geben. Nicht nur in ihren Betrieben wollen sie als Autokraten regieren, deren Befehlen und Anordnungen sich alle Angestellten widerspruchslos zu fügen haben, sie betrachten auch die Regierungen als die Werkzeuge ihrer Macht. Dem Minister, der es wagt, sich gegen die Zumutung aufzulehnen, nach der Pfeife der Scharfmacher zu tanzen, wird in sehr eindringlicher Weise zu Gemüte geführt, daß auch er nur ein ausführendes Organ des Unternehmerwillens ist. Können sich doch die Industriellen rühmen, daß sie schon mehr als einen Minister zu Fall gebracht haben.

Daß es den industriellen Scharfmachern in den Parlamenten und besonders im Reichstag nicht an Einfluß gebricht, ist bekannt. Aber dieser Einfluß genügt ihnen nicht. Das bishigen Sozialpolitik, welches so spärlich und in so verdünnten Dosen dem deutschen Volke gewährt wird, geht ihnen schon viel zu weit. Wenn es nach dem Willen der Scharfmacher ginge, dann müßte mit der deutschen Sozialpolitik gründlich aufgeräumt werden. Dazu bedarf es aber eines größeren Einflusses in der Gesetzgebung. Die Herren wissen, welche ungeheure Macht ihnen das Wahlrecht gewährt hat in ihren Händen. An der Zeit, die die Parteien in sich aber nicht wahrnehmen, ist es möglich, mittels dieses Weides sich einen größeren Einfluß auf die Gesetzgebung zu verschaffen. Es müssen Abgeordnete gewählt werden, die auf das Programm der Scharfmacher verpflichtet, deren Interessen im Reichstag vertreten. Ebenso wie der Bund der Landwirte seine Kreaturen in den verschiedenen politischen Parteien sitzen hat, wollen sich auch die industriellen Scharfmacher nicht an der Firma der Partei stoßen, sondern unbekümmert um die Parteibezeichnung die Kandidaten unterstützen, die sich zum Kampf gegen die Fortführung der Sozialpolitik verpflichten.

Mit diesem Gegenstand beschäftigte sich eine Sitzung des Zentralverbandes deutscher Industrieller, die am 15. Oktober dieses Jahres im Hotel Adlon in Berlin tagte. Das Protokoll dieser Sitzung, die natürlich streng vertraulich war, ist dem „Vorwärts“ in die Hände gefallen, der sich durch die Veröffentlichung nicht nur um die deutsche Arbeiterschaft, sondern auch um die politische Moral ein Verdienst erworben hat. Das einleitende Referat hielt der bekannte Generalsekretär Bued, der zunächst seiner tiefen Abneigung gegen die herrschende Richtung in der Nationalökonomie, gegen die Kathedersozialisten, Ausdruck gab. Dann wendete er sich gegen das „Buhlen um die Gunst der stimmgebenden Massen“, welches bewirke, daß die Feindseligkeit gegen die Arbeitgeber im gewissen Grade auch die Parole der politischen Parteien geworden sei. Sogar gegen die Konserverativen erhebt Herr Bued den Vorwurf, daß sie sich an der Schaffung von Gesetzen gegen die Arbeitgeber beteiligt haben; nur dann machten sie eine Ausnahme, wenn es sich um Gesetze handelte, die auch den landwirtschaftlichen Arbeitern zugute kommen könnten. Nur die frei-konserverative Partei findet uneingeschränktes Lob, das ist die Partei nach dem Herzen der Scharfmacher.

Die Unternehmer wollen sich aber nicht mehr auf eine Partei allein stützen; sie wollen die Kräfte der verschiedenen Organisationen der Industriellen zusammenfassen und

einen „industriellen Wahlfonds“ bilden, aus welchem alle Kandidaten unterstützt werden, von denen anzunehmen ist, daß sie die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Interessen der Industriellen vertreten. Konserverative sollen ebenso unterstützt werden wie National-liberale und Freisinnige. Die Leitung des politischen Korruptionfonds wird einer besonderen Kommission übertragen, die eine eigene Geschäftsstelle unterhalten soll. Der Geschäftsführer soll in den Wahlkreisen Vertrauensmänner arstellen und dem Komitee Vorschläge für das Vorgehen bei den Wahlen machen. Das nötige Geld soll natürlich von den Industriellen aufgebracht werden, und zwar soll es nicht nach Maßgabe der Arbeiterzahl, sondern nach der gezahlten Lohnsumme umgelegt werden. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen teilte Herr Bued noch mit, daß die Industrie bei den letzten Wahlen bereits große Summen für Wahlzwecke aufgebracht habe, die an alle bürgerlichen Parteien nach der Zahl ihrer Vertreter im Reichstage verteilt wurden. Bei der nächsten Wahl soll es anders gehalten werden; die zu unterstützenden Kandidaten sollen also näher auf ihre Stellung gegenüber den Wünschen der Industriellen geprüft werden. Dem Hansabund will Herr Bued keine Schwierigkeiten machen, aber er hält ihn nicht für die richtige Stelle, um auf die Wahlen durch die Verwendung eines Wahlfonds einzuwirken.

Dieser letzte Gedanke wurde in der Diskussion vom Kommerzienrat Mendt-Altona dahin erläutert, daß der Zentralverband im Hansabund in der Minderheit sei, und daß er deshalb einen eigenen Wahlfonds bilden müsse. Er möchte aber auch, daß bei der Verteilung des Geldes das Zentrum nicht vergessen wird. Außerdem plädierte er für eine Vereinigung der Arbeitgeberverbände und für die Schaffung von eigenen Arbeitsnachweisen durch die Arbeitgeberverbände und die gemeinsame Förderung des Streikunterstützungswesens. Der Handelskammersekretär Dr. Lillie-Saarbrücken weitererte gegen das Beamtentum, dem er nicht über den Weg traut. Er rechnet aus, daß zur Bearbeitung der Wahlkreise 8000 Agitationskräfte nötig sind, die von 200 Lehrkräften ausgebildet werden müssen. Von den Universtitäten verspricht er sich nicht viel nach dem mißglückten Versuch der Einschmuggelung eines Tendenzprofessors in Leipzig, er empfiehlt deshalb die Gründung einer Scharfmacherakademie, die jedoch nicht an einer Universtitätsstadt errichtet werden dürfe, um auch die Möglichkeit einer Beeinflussung durch die akademischen Lehrer hintanzuhalten.

Der Geheime Oberfinanzrat Müller-Berlin kennt sich in den Regierungsküchen aus und weiß interessant zu plaudern über die Unwissenheit der Minister und ihrer Räte. Mit großer Wärme tritt er für die Berücksichtigung des Zentrums bei der Verteilung des Segens aus der Futterkrippe der Scharfmacher ein. Leute wie Graf Vallerstrem sind dem Redner ganz besonders sympathisch. Sein Eintreten für das Zentrum, dem sich auch noch andere Redner angeschlossen, hatte übrigens den Erfolg, daß Herr Bued in seinem Schlußwort erklärte, daß er gar nicht daran denke, das Zentrum zu verkleinern; auch diese Partei wird aus dem Wahlfonds der Scharfmacher unterstützt werden in Anerkennung ihrer Verdienste um die Hintertreibung des sozialpolitischen Fortschritts.

Herr Müller erzählt auch, daß er der Gründung des Hansabundes ziemlich nahe gestanden habe; er ist also in der Lage, auch dort hinter die Kulissen zu sehen. Er sieht vor sich, daß der Hansabund bei der Unterstützung der Kandidaten der verschiedenen Parteien einen großen Einfluß haben wird, aber gerade in solchen Fällen wird der Wahlfonds der Scharfmacher einspringen. Aus seiner Kenntnis der Dinge glaubt er, daß der Hansabund das gar nicht ablehnen wird. Das ist eine recht niedliche Enthüllung, für welche der Hansabund dem Herrn Geheimen Oberfinanzrat wenig Dank wissen wird. Für die Öffentlichkeit ist es aber recht gut, zu erfahren, wessen man sich vor dem vielgerühmten Hansabund zu versehen hat.

Eine andere Enthüllung, die allerdings bereits Bekanntes nur bestätigt, machte der Güttensbesitzer v. Wopelius-Sulzbach. Er erzählte, daß der Reichszugler v. Bülow vor zwei Jahren mit ihm wegen des Wahlfonds konferiert habe, sie sind aber nicht recht einig geworden, weil Bülow das Geld gegen Sozialdemokraten und Zentrum verwenden wollte, während v. Wopelius einen Kampf gegen das Zentrum nicht wünschte, weil es so viele brave Scharfmacher in seinen Reihen zählt. Erwähnenswert ist noch die vom Syndikus Dr. Röde-Hannover konstatierte Tatsache, daß die Industriellen den größten Teil der Wahlkosten für die bürgerlichen Parteien in der Stadt und Provinz Hannover bezahlen. — Das schließliche Ergebnis der Aussprache war der Beschluß, einen industriellen Wahlfonds zu bilden, aus welchem Kandidaten aller bürgerlichen Parteien unterstützt werden sollen.

Diese Beratungen sind in mehr als einer Beziehung interessant. Der Zentralverband der Industriellen geht aufs Ganze. Es genügt ihm nicht, einzelne Abgeordnete und einzelne Pressorgane seinen Zwecken dienstbar zu machen, alle bürgerlichen Parteien und die gesamte bürgerliche Presse soll durch das Geld der Industriellen korrumpiert werden. Aber vorsichtig muß man operieren, deshalb soll der Zentralverband als solcher seine Hände in Unschuld waschen; sein Name soll nicht genannt werden. Würde es bekannt werden, daß der Zentralverband hinter den betreffenden Kandidaten steht, dann wäre es die aller-

außerdem noch durch einen zwei Mann starken Schuk-

In Halle a. S. und in Corbetta sind bei der Kor-

In Magdeburg ist am 19. November der Streik nach

Zu Offenbach beträgt die bei der Firma Schimmel

Aus der Holzindustrie.

Die Organisation der Hamburger Holzindustriellen.

die Gruppe Holzgewerbe des Arbeitgeberverbandes Unter-

Die Hamburger Holzindustriellen haben aber mit dem

Nach der Schilderung der Organisation in den „Mit-

Die „Mitteilungen“ stellen als einen Programmpunkt

Zum Schluss sei noch eine Lohnstatistik erwähnt, die

Table with 4 columns: Occupation, February 1909 (Total employees, Hourly wage), October 1909 (Total employees, Hourly wage).

Als Gesamtdurchschnittslohn wird für die letzte Er-

Unternehmer besteht sind, ihren Schukverband zu einer

Die Abrechnung der Berliner Tischlerinnung. Das

Table with 2 columns: Category, Amount.

Das genannte Bureau, dem wir auch die Garantie

Das ist aber um so schlimmer für die ganze Ein-

Die Zigarettenmacher und der Biermillionsfonds

Technisches.

Das Fachblatt für Holzarbeiter ist das Novemberheft erschienen. Aus dem reichhaltigen Inhalt heben wir hervor: Holzarbeiten aus den kunstgewerblichen Meisterkursen der Bayerischen Landesgewerbeanstalt in Nürnberg.

Heft eine Anzahl kleinerer Textbeiträge und eine große Zahl von Originalentwürfen und Konstruktionszeichnungen.

Das Fachblatt für Holzarbeiter erscheint am 15. jeden Monats und ist gegen 1 Mk. pro Vierteljahr bei allen Postanstalten und den Verwaltungen des Deutschen Holzarbeiterverbandes zu abonnieren.

Patentauskünfte werden vom Patentanwaltsbureau A. Kuhn, Berlin SW. 61, Giltfischerstr. 108/106a, unentgeltlich Erfindern und Gewerbetreibenden unbefristet erteilt.

auf die Neuheit, Patentfähigkeit, Verwertbarkeit von Erfindungen und die Abfassung der amtlichen Unterlagen zur Erlangung dieser Schutzrechte erstrecken.

Briefkasten.

Danzig-Siedfeld. In nächster Nummer. Weinstadt, O. B. Aus dem uns überforderten Ausschnitt sehen wir, daß Sie über Vorgänge, welche die dortigen Kollegen interessieren, an irgendeine Zeitung berichtet haben.

Versammlungs-Anzeiger.

Frankfurt a. M. Samstag, den 4. Dezember, abends 8 1/2 Uhr. Sektions-Versammlung der Wagner im Gewerkschaftshaus, Kolleg 5.

Anzeigen.

Einberf. Die Herberge und das Verkehrslokal befinden sich jetzt bei Gastwirt Bremer, Rheinischer Hof, am Käppchenweg.

Durchaus tüchtiger Feizer und Fertigmacher

wird zur Leitung der Fertigmacherverstätte nach Süddeutschland gesucht. Derselbe muß über moderne Feizverfahren vollkommen beherzigen, im Wischen und Polieren vollkommen selbständig arbeiten können und befähigt sein, die in dieser Abteilung vorzukommenden Arbeiten zu beaufsichtigen.

Offerten unter J. M. 181 an die Expedition dieses Blattes.

Tüchtige selbständige Tischler auf Mahlebaum und Eichen furnierte Möbel für dauernd gesucht. Offerten mit Lebenslauf, erbeten an Willy Hansen, Möbelfabrik, Grubitz i. Mecklenb.

2 Drechsler auf Bau und Möbel für dauernd gesucht. E. Widmann, Neustettin.

Werkmeister gesucht für mitteldeutsche Stroh- und Schirmstrohfabrik. Derselbe muß gediegene Fachbildung in allen Teilen, Kenntnisse in Kalkulation, Besonnenheit und Energie besitzen und selbständig Muster entwerfen können.

Tüchtige Sticker Arbeiter per sofort gesucht. Süddeutsche Strohfabrik Gebrüder Marshall, Mannheim.

Tüchtige Kammbieger und perfekte Rannschneider auf seine Schilbpatt- und Zelluloidware bei gutem Lohn in dauernde Stellung per sofort gesucht.

Tüchtige Arbeiter zum Passen und Reiben auf feinere blonde und warme Schilbpattartikel sowie Reparaturen gesucht. Guter Lohn. Dauernde Stellung. Gefl. Offerten erbeten an Schlager & Best, Darmstadt.

Junger Korbmacher auf Matt- und Gefschlägen sofort bei dauernder Arbeit gesucht. Karl Kretschmer, Zittau in Sachsen Lößlerstr. 70.

Ein tüchtiger Korbmacher auf Mattarbeit sofort gesucht. Ernst Veit, Korbmachermeister, Bismark, Prov. Sachsen.

Ein Korbmacher auf Großgeschlagen sofort gesucht. Otto Lange, Springe, Hann.

Kings, Korbmacher, kann bei mir in Arbeit treten, er möchte sich bei mir melden. Die Kollegen wollen ihn darauf aufmerksam machen. B. Kiesel, Korbmachermeister, Gleichen i. Neumark.

Ein Korbschneider, guter Mundschneider, erhält sofort gute dauernde Stelle. Näheres zu erfragen bei der Zahlstelle Cassel, Volksgartenstr. 5.

Tücht. Versilberer kann sich melden bei George Bendix, Königsberg i. Pr., Holzsteiner Damm 32-33.

Möbellager mit neuem Haus billig mit kleiner Anzahlung zu verkaufen. Für tüchtigen Tischler, der mit 2-3 Gehilfen arbeitet, sehr zu empfehlen. Näheres Kapital 9-10000 Mk. Wohnort von Baden-Baden. Offerten an Möbelagentur H. Wundewald, Friedberg, Hessen.

Patentanwalt A. Kuhn, Dipl. Ing. BERLIN S.W. 61, Giltfischerstr. 106. Schreiner Werkzeuge: Putzhobel, feine Rückensägen, amer. Schraubenzieher sowie viele andere Neuheiten. Katalog gratis u. franko. HEINR. BUSCH, Werkzeug-Versandhaus, Hagen i. W.

Wiesbaden. Der Arbeitsschweis für Tischler, Maschinenarbeiter, Drechsler und Wagner befindet sich bei Kolleg Eimer, Herrnstraße 2, vorn part. Umfragen ist strengstens verboten.

Paris. Die Gewerkschaft der Holzarbeiter in Paris steht bei der Angelegenheit der Holzarbeiter in Paris. Da immer wieder Kollegen nach hier kommen, die nicht wissen, daß jeder Tischler sein eigenes Werkzeug haben muß, um überhaupt arbeiten zu können, so komme keiner hierher, ohne dafür Vorkehrung getroffen zu haben.

Da immer wieder Kollegen nach hier kommen, die nicht wissen, daß jeder Tischler sein eigenes Werkzeug haben muß, um überhaupt arbeiten zu können, so komme keiner hierher, ohne dafür Vorkehrung getroffen zu haben.

Da immer wieder Kollegen nach hier kommen, die nicht wissen, daß jeder Tischler sein eigenes Werkzeug haben muß, um überhaupt arbeiten zu können, so komme keiner hierher, ohne dafür Vorkehrung getroffen zu haben.

Da immer wieder Kollegen nach hier kommen, die nicht wissen, daß jeder Tischler sein eigenes Werkzeug haben muß, um überhaupt arbeiten zu können, so komme keiner hierher, ohne dafür Vorkehrung getroffen zu haben.

Da immer wieder Kollegen nach hier kommen, die nicht wissen, daß jeder Tischler sein eigenes Werkzeug haben muß, um überhaupt arbeiten zu können, so komme keiner hierher, ohne dafür Vorkehrung getroffen zu haben.

Da immer wieder Kollegen nach hier kommen, die nicht wissen, daß jeder Tischler sein eigenes Werkzeug haben muß, um überhaupt arbeiten zu können, so komme keiner hierher, ohne dafür Vorkehrung getroffen zu haben.

Da immer wieder Kollegen nach hier kommen, die nicht wissen, daß jeder Tischler sein eigenes Werkzeug haben muß, um überhaupt arbeiten zu können, so komme keiner hierher, ohne dafür Vorkehrung getroffen zu haben.

Da immer wieder Kollegen nach hier kommen, die nicht wissen, daß jeder Tischler sein eigenes Werkzeug haben muß, um überhaupt arbeiten zu können, so komme keiner hierher, ohne dafür Vorkehrung getroffen zu haben.

Da immer wieder Kollegen nach hier kommen, die nicht wissen, daß jeder Tischler sein eigenes Werkzeug haben muß, um überhaupt arbeiten zu können, so komme keiner hierher, ohne dafür Vorkehrung getroffen zu haben.

Da immer wieder Kollegen nach hier kommen, die nicht wissen, daß jeder Tischler sein eigenes Werkzeug haben muß, um überhaupt arbeiten zu können, so komme keiner hierher, ohne dafür Vorkehrung getroffen zu haben.

Da immer wieder Kollegen nach hier kommen, die nicht wissen, daß jeder Tischler sein eigenes Werkzeug haben muß, um überhaupt arbeiten zu können, so komme keiner hierher, ohne dafür Vorkehrung getroffen zu haben.

Lokalbeamter gesucht. Die Zahlstelle Düsseldorf, 1200 Mitglieder, sucht zum baldigen Antritt, event. 1. Januar 1910, einen Lokalbeamten, der möglichst mit den rheinischen Verhältnissen vertraut ist. Anfangsgehalt 2000 Mark.

Almanach für das Jahr 1910. Taschenkalender für die Verwaltungen und Mitglieder des Verbandes. Der neue Almanach wird gegenwärtig an die Zahlstellen verhandelt. Aus dem ganz neuen Inhalt heben wir hervor: Neujahrs-Morgenlied. Ernst Dornhardt zum Gedächtnis. Ein Grabmal für Karl Kios. Jahres-Rückblick.

Hören Sie? Sofort bitte mir Ihre sehr ganz neu erfundene Preisliste mit vielen neuen Patenten, amerikanischer Tischlerwerkzeuge gratis und franco zu senden. Otto Bergmann, Berlin SO. 33, Oppelnerstr. 31. Spezialgeschäft amerik. und englischer Werkzeuge, Abziehlsteine usw.

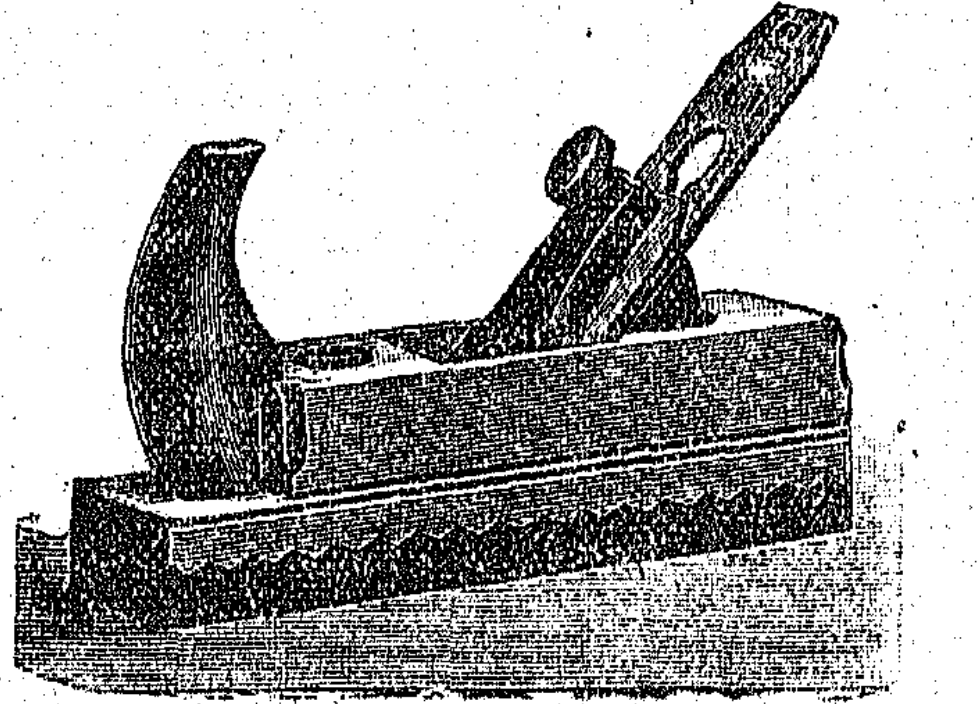
Tischler-Fachschule Detmold. gegründet 1893. Städt. Schulgebäude, Meister, Werkmeister, Zeichner. Grosse Hörsäle. Zeichen-Säle. 3 Werkstätten. 3 Probenkabinette.

Paul Horn, Politur- u. Lackfabrik Hamburg 23. zwei deutsche Reichspatente gesch. neuer Verfahren. eine sofortige Porenfüllung. man erspart Material, Zeit, Arbeit, erzielt edlen, unverschleierten, glasartigen Hochglanz, klare, durchscheinende Poren, wunderbares Feuer der flammigen Maserung, volle Schönheit des Holzes, vermeidet Delausschwitzen, Rissigwerden der Politurdecke, weisse Flecke, sowie Einschlagen der Politur. Beim Polieren wird kein Schellack-Ersatz, kein Kunstharz, sondern reine, unverfälschte Schellack-Politur verwendet.

Süddeutsche Schreiner-Fachschule Nürnberg. Erstklassige Lehranstalt. Dir. Carl Malbaum.

Tischler-Fachschule Blankenburg am Harz. 1 bis 12 monatliche Kurse zur Ausbildung als Werksführer, Zeichner und Lehrling, anschließend staatliche Meisterprüfung. Kostenloser Stellenvermittlung. Programm frei. Direktor Meining.

B. Kollfich's Fachschule für Tischler und für gewerbliches Zeichnen. Exter-Strasse zu Detmold Ecke Grabenstr. 3- und 6-monatlicher Kursus mit Tages- und Abendunterricht. In 3 Monaten Ausbildung zum Werksführer und Vorbereitung für die Meisterprüfung. In 6 Monaten: Ausbildung zum Zeichner und Buchhalter. Schulgeld 25 Mk. pro Monat. Kostenvfreie Abgabepflichtungen. Eintritt kann jederzeit erfolgen. Auskunft durch die Direktion. B. Kollfich.



Reform-Putzhobel „Matador“. gefeschlich geschlicht, übertrifft unstrittbar alle bisher existierenden Huhohbel. Verlangen Sie unseren reichhaltigen Katalog über Werkzeuge gratis und franko. Gebr. Genuit, Cassel 12.

Quittungs-Marken und Kautschuk - Stempel liefert seit 80 Jahren Holz & Co. in Hamburg, Hafenbinderhof 70.